

Erneute Stellungnahme des SPD-Ortsvereins Guntersblum zur Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) des Landes Rheinland- Pfalz

Im vergangenen Jahr hat sich der SPD-Ortsverein Guntersblum zur Umsetzung der bevorstehenden Kommunalreform geäußert. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, dass bei einem Zusammenschluss der Verbandsgemeinde Guntersblum mit einer anderen Verwaltungseinheit ein klares Plus für unsere Ortsgemeinde das Ziel sein sollte.

In diesem Zusammenhang haben wir im vergangenen Jahr einen Forderungskatalog formuliert, der als erste Diskussionsgrundlage dienen kann.

Erfreulicher Weise haben bereits einige unserer im Forderungskatalog aufgeführten Problemfelder, wie Deichsanierung und Deichrückverlegung auf ein für unsere Ortsgemeinde erträgliches Maß, Gehör gefunden und wurden entsprechend angepasst.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kommunalreform haben wir mit Schreiben vom **18.01.2010** einen Antrag zur Bürgerbefragung in den Gemeinderat eingebracht um das Stimmungsbild der Bürger in unserer Ortsgemeinde abzurufen.

Bedauerlicher Weise hat die Verwaltung über 10 Monate benötigt um einen 5 Punkte Fragekatalog zu erarbeiten und auf den Weg zu bringen.

Auch ist es der Verwaltung bis heute nicht gelungen einen Anforderungskatalog zur KVR zu formulieren, obwohl die SPD-Fraktion bereits mit Schreiben vom 27.05.2009 einen Antrag auf Gründung eines überparteilichen Forums zur Kommunal- und Verwaltungsreform in der Ortsgemeinderat eingebracht hat.

Die Beweggründe hierfür lassen genügend Raum zu Spekulationen.

Politik lebt vom Handeln und Gestalten, nicht vom Zaudern.

Zwischenzeitlich hat der Landtag die gesetzliche Grundlage für die Kommunalreform geschaffen, so dass lediglich noch die Frage der „Partnerschaft“ der Klärung bedarf.

Schade und überaus bedauerlich finden wir, dass das in der Freiwilligkeitsphase gestaffelte und den Kommunen in Aussicht gestellte „Hochzeitsgeld“ durch Zeitablauf zwischenzeitlich von 130 €/Einwohner (Zusammenschlussentscheidung 2010) auf nunmehr 100 € gesunken ist.

Daraus resultiert allein für die Ortsgemeinde Guntersblum ein Einnahmeverlust von ca. 120.000 € und für die Verbandsgemeinde Guntersblum von immerhin ca. 290.000 € zu Lasten unserer Bürger. Im Gegenzug plädiert unsere Verwaltung für die Erhöhung der Realsteuern.

„Die Freiwilligkeitsphase darf nicht ungenutzt verstreichen!“

Die zeitlichen durch die Verwaltung verschuldeten Verzögerungen und die dadurch entstandenen Einnahmeverluste sind unseres Erachtens nicht hinnehmbar und nicht weiter zu Dulden.

Vor all diesen Hintergründen und insbesondere, dass sich aus der Bürgerbefragung abgeleitet eine Mehrheit für einen Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ausgesprochen hat, wird der SPD-Ortsverein seinen Anforderungskatalog modifizieren und in einem parteilichen Forum mit dem benachbarten SPD-Verband die Fusionsmöglichkeiten erörtern. Dabei soll auch die Möglichkeit eines Transfers des in Aussicht gestellten Hochzeitsgeldes an

die Ortsgemeinde Guntersblum und die übrigen Ortsgemeinden der künftigen VG, genauso wie eine mögliche Namensgebung einer neuen Verwaltungseinheit (z.B. Verbandsgemeinde Rheinterrasse) erörtert werden.

Sofern ein solcher Zusammenschluss mit der VG Nierstein-Oppenheim zustande käme, wäre die Ortsgemeinde Guntersblum als drittgrößte Gemeinde im neuen Gemeindeverbund vertreten. Demzufolge sind wir der Meinung, dass auch hier die Guntersblumer durch ihre Vertreter ausreichend beachtet und entsprechendes Gehör finden werden.

Wir nehmen das Ergebnis der Umfrage zum Anlass auch weiterhin in der Sache aktiv zu bleiben.

Sofern Sie die Zukunft unserer Ortsgemeinde mit gestalten wollen, zögern Sie nicht und sprechen Sie uns an.

Wir stehen für ein lebens- und liebenswertes Guntersblum.

Ihr SPD-Ortsverein Guntersblum